

# **Antworten der beiden Bundestagskandidaten der Partei DIE LINKE im Rhein-Sieg-Kreis auf DGB-Fragen**

## **1) Industrie im Rhein-Sieg-Kreis**

**Frage: Welche Strategie verfolgen Sie, um den Standort Rhein-Sieg-Kreis für Industrieunternehmen und ihre Investitionen attraktiv zu halten und noch attraktiver zu machen?**

Für DIE LINKE ist es wesentlich, Industrie da zu unterstützen, wo sie den Interessen der Menschen dient. In diesem Sinne benötigen wir:

Eine Verbesserung der Infrastruktur, Breitbandausbau auch auf dem Land über 50 Mbit hinaus, eine Verkehrswende, wie DIE LINKE sie fordert, nämlich hin zu einem gut ausgebauten und kostenlosen ÖPNV.

Erdwärme ist hier an vielen Stellen besonders einfach nutzbar. Hier gilt es, etwa durch Beratung, den Unternehmen die Vorteile deutlich zu machen.

Die Qualifizierung von Mitarbeiter:innen will ich stärker unterstützen.

Den Unternehmen kommt aber auch zu Gute, wenn wir mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen, eine lebenswerte Freizeitstruktur mit ordentlichen Sportstätten und Bädern bereitstellen und kostenlose KITAS und Schulen anbieten.

Wichtig ist aber auch: Die Wirtschaft ist für die Menschen da. Meine Unterstützung für die Wirtschaft endet dort, wo Gefahr für Menschen nicht auszuschließen ist, z. B. bei der beabsichtigten Ethylenoxidproduktion in Niederkassel.

## **2) Verkehr**

**Forderung des DGB: Zweigleisiger Ausbau der Siegstrecke**

**Frage: Werden Sie den Ausbau unterstützen? (Ja/Nein)**

Ganz klar Ja: Sowohl, DIE LINKE, als auch ich persönlich haben nie einen Zweifel daran gelassen, dass wir den „Ausbau“ unterstützen. Dabei ist allerdings schon der Begriff „Ausbau“ irreführend: Es handelt sich um einen Kriegsschaden, der bis heute nicht behoben wurde.

Die Ablehnung der CDU /Grünen ist unverständlich: Wer Verkehr auf die Schiene verlagern will, muss auch Kapazitäten dafür bereitstellen. Das gilt sowohl für den Güter-, als auch für den Personenverkehr. Der Verweis auf einen zu bauenden Westerwald-Taunus-Tunnel ist eine Nebelkerze. Hierfür muss ein 118km langer Tunnel geschaffen werden, selbst bei optimistischer Schätzung würde die Realisierung 15-20 Jahre dauern. Den Menschen an der Sieg würde diese Lösung im Übrigen auch keinerlei Taktverbesserung bringen.

Klar ist auch: Die Strecke muss mit modernen Maßnahmen zur Lärminderung ausgestattet werden. So ließe sich, trotz höherer Kapazität, unter dem Strich sogar eine Lärmreduzierung für die Anwohner:innen erreichen.

### **3) Bonn-Berlin-Gesetz**

**Forderung des DGB: Berlin/Bonn-Gesetz durch einen Vertrag ergänzen**  
**Frage: Wenn Sie als Vertreter\*in der Wahlkreise in Bonn/Rhein-Sieg in den Bundestag gewählt werden, wie positionieren Sie sich zu unserer Forderung auf der Bundesebene einen ergänzenden Vertrag zum Berlin/Bonn-Gesetz zu verhandeln und abzuschließen?**

Es ist ein Skandal, dass sich die Bundesregierung nicht an das Bonn/Berlin Gesetz hält. Schon seit fast 10 Jahren fordert DIE LINKE.Rhein-Sieg, damals als erste politische Kraft im Kreis, hier einen Plan B, also einen ergänzenden Vertrag.

Die Diskussion zeigt: Links wirkt. Ohne unsere Forderung würden die Verantwortlichen in der Region auch in Zukunft tatenlos zusehen, wie der Umzug faktisch vollzogen wird. Denn in allen Bundestagsfraktionen, sind die Stimmen für einen Komplettumzug in der Mehrzahl. Ohne einen Vertrag wird der Umzug weiter schleichend vollzogen werden, die Region wird dafür keinen Ausgleich erhalten. Mit Vertrag aber werden wir die Entwicklung zumindest etwas bremsen können und mit Bundesmitteln zum Strukturausgleich können wir eine Kompensation der Arbeitsplatzverluste erreichen.

2016 hat mein Büro ausgerechnet, dass die widerrechtlich von der Regierung nach Berlin verlagerten Arbeitsplätze mit fast 400 Millionen Euro zum Nachteil der Region zu Buche schlagen.

### **4) Tarifbindung stärken**

**Forderung des DGB: Tariftreuegesetz auf Bundesebene**  
**Frage: Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer politischen Funktion als Mitglied des Bundestages die oben genannten DGB-Forderungen zu unterstützen? (Ja/Nein)**

Ja! Ich setzte mich für ein Bundestariftreuegesetz ein, welches die Einhaltung von Tarifverträgen zur zwingenden Voraussetzung für öffentliche Aufträge machen und auch von den beauftragten Firmen eingesetzte Subunternehmen einschließen muss.

Generell muss Tarifbindung für alle Unternehmen und Branchen gelten. Dafür muss die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften gestärkt und dafür müssen Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können.

Letzteres muss auf Antrag einer Tarifvertragspartei möglich sein. Das Vetorecht der Arbeitgeber:innenseite im Tarifausschuss gehört abgeschafft, und es muss als »öffentliches Interesse« gelten, Tarifverträge in ihrer Reichweite zu stärken und einen Unterbietungswettbewerb zulasten von Löhnen und Arbeitsbedingungen zu verhindern.

## **5) Ausbildung**

**Forderung des DGB: Gute Ausbildung für alle**

**Frage: Sind Sie für die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage nach dem gleichen Muster wie in der Altenpflege und im Bauhauptgewerbe, damit positive ökonomische Anreize für Unternehmen entstehen, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. (Ja/Nein)**

Ja, wir fordern eine solidarische Umlagefinanzierung, die alle Betriebe in die Pflicht nimmt, damit ausreichend duale und qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze geschaffen werden. Die Wirtschaft unterschreitet regelmäßig die Zielmarke von 500.000 jährlich zu schaffenden Ausbildungsplätzen. Als Folge dessen klagen viele Arbeitgeber:innen über mangelnde Fachkräfte. Der Fachkräftemangel ist jedoch hausgemacht, weil viele potenzielle Azubis als nicht ausbildungsreif eingestuft und in Warteschleifen »geparkt« werden oder keinen Ausbildungsbetrieb finden. Das muss sich dringend ändern. Generell müssen die Bedingungen und die Qualität von Ausbildung verbessert und Ausbildungsberufe aufgewertet werden.

## **6) Wohnen**

**Forderung des DGB: Bezahlbaren Wohnraum schaffen**

**Frage: Sind Sie für die Einführung einer „Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit“, die das Gemeinwohl beim Wohnungsbau in den Mittelpunkt stellt. (Ja/Nein)**

Ja, denn Wohnen kann man sich vielerorts kaum noch leisten. Über 11 Mio. Menschen sind durch Wohnkosten überlastet, das Geld fehlt diesen Menschen dann in anderen Bereichen. Es gibt kaum noch sozialen Wohnungsbau. Das muss sich dringend ändern. Mieten müssen mit harten Obergrenzen gedeckelt werden, Wohnungen müssen zurück in öffentliches Eigentum gebracht werden, der soziale Wohnungsbau muss gefördert und die Immobilienwirtschaft gemeinnützig gemacht werden!

Mit der Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit binden wir die Förderung und steuerliche Vergünstigungen dauerhaft an Mietobergrenzen, eine Pflicht zur Reinvestition von Gewinnen sowie demokratische Mitbestimmungsrechte für Mieter:innen. So können bis zu 250.000 Sozialwohnungen und weitere kommunale und genossenschaftliche Wohnungen pro Jahr entstehen.

## 7) Klimawandel

### **Forderung des DGB: Sozialgerechte Klimapolitik**

**Frage: Wie wollen Sie die Umstellung auf eine klimaneutrale Industrie finanzieren und wie sieht die Belastung der Bürger\*innen bei der Umsetzung der Klimaziele aus?**

Statt einer Wirtschaft, die für Profite arbeitet, brauchen wir eine Wirtschaft, die sozialen und ökologischen Zielen folgt, die mit den verbleibenden Ressourcen haushalten kann und die für die Bedürfnisse der Menschen arbeitet. Um Ressourcenverbrauch und Emissionen nachhaltig absenken zu können, brauchen wir einen gezielten Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft. Mit sozialökologischen Investitionen will DIE LINKE dafür sorgen, dass dieser Umbau nicht auf Kosten der Beschäftigten und der breiten Bevölkerung erfolgt. DIE LINKE schlägt deshalb ein Sofortprogramm gegen die soziale und Wirtschaftskrise vor, das zugleich die Weichen für eine klimagerechte Zukunft für alle stellt und die Gesellschaft durch eine starke öffentliche, soziale Infrastruktur krisenfester macht.

LINKE Wirtschaftspolitik setzt auf sichere Arbeitsverhältnisse, auf gute Versorgung aller und auf demokratische Entscheidung über Investitionen, die eine gemeinwohlorientierte, bedarfsgerechte und klimaneutrale Wirtschaft auf den Weg bringt.

## 8) Daseinsvorsorge

### **Forderung des DGB: Solidarische Politik gegen soziale Ungleichheit**

**Frage: Wie stehen Sie zu den sozialpolitischen Forderungen des DGB: Pflegeversicherung, Bürgerversicherung, Anhebung des Rentenniveaus?**

Ich stimme den Forderungen zu.

DIE LINKE möchte die **Pflegeversicherung** grundlegend umbauen: Eine solidarische Pflegeversicherung soll zukünftig alle pflegerischen Leistungen abdecken. Mit einer verlässlichen, gerechten und zukunftsfesten Finanzierung sollen gute Arbeitsbedingungen und gute Pflege nach wissenschaftlichen Standards sichergestellt werden.

Mit einer **solidarischen Gesundheitsversicherung** wollen wir die Zwei-Klassen Medizin beenden. Alle in Deutschland lebenden Menschen sollen sich nach ihrem Einkommen an der Finanzierung des Gesundheitssystems beteiligen.

DIE LINKE möchte eine gesetzliche **Rente**, die den Lebensstandard wieder sichert und vor Armut schützt. Wir wollen das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben und wollen, dass zukünftig alle Erwerbstätigen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.

## **9) Handlungsfähigkeit des Staates stärken – für Verteilungsgerechtigkeit sorgen**

### **Forderung des DGB: Mehr Steuergerechtigkeit und Stärkung der Staatsfinanzen**

**Frage: Sind Sie mit den Forderungen aus dem im April 2021 vorgestellten DGB-Steuerkonzept einverstanden, das Beschäftigte und Familien entlastet und große Vermögen wieder stärker in die Verantwortung nimmt. (Ja/Nein)**

Das DGB-Steuerkonzept hat viele Parallelen zu steuerpolitischen Forderungen der DIE LINKE, weshalb ich damit weitestgehend einverstanden bin.

Die Einkommen und Vermögen waren in Deutschland noch nie so ungleich verteilt wie heute. Gut 2/3 aller Vermögen befinden sich im Besitz von nur 10% der Bevölkerung. Ein Großteil davon wird vererbt, ohne dass darauf nennenswerte Steuern gezahlt werden. Wir wollen hohe Vermögen und Erbschaften stärker besteuern. Statt einer Billigsteuer für Unternehmensgewinne wollen wir auch Profite wie alle Einkommen besteuern. Unser Grundgesetz sieht die Möglichkeit einer Vermögensteuer vor, wir wollen diese wieder erheben und Multimillionäre und Milliardäre mit einem progressiven Steuertarif von bis zu fünf Prozent in die Finanzierung einer gerechten Gesellschaft einbeziehen. Für die Bewältigung der Corona-Krise will DIE LINKE zusätzlich eine einmalige Vermögensabgabe bei Nettovermögen ab 2 Millionen Euro erheben. Im Gegenzug möchte DIE LINKE die Steuerfreibeträge in der Einkommensteuer anheben: 1.200 Euro pro Monat werden von Steuern freigestellt. Das entlastet niedrige und mittlere Einkommen spürbar.

## **10) Innere Sicherheit**

**Frage: Was gedenken Sie zur Stärkung der inneren Sicherheit zu tun?**

Die Gewaltkriminalität in Deutschland sinkt seit vielen Jahren. Was wächst ist jedoch das Gefühl der Verunsicherung. Dieses wird durch weitere Aufrüstung von Polizei und Geheimdiensten noch verstärkt. Was wir brauchen ist die Bekämpfung der sozialen Ursachen von Kriminalität, Gewalt und Verunsicherung. Die beste Politik für mehr Sicherheit ist dabei eine gute Sozialpolitik und die Stärkung des öffentlichen Raumes. Für Krisen und Katastrophen, wie gerade erst durch die Hochwasserkatastrophe, müssen die Freiwilligen Feuerwehren, Hilfsorganisationen und das THW gestärkt und unterstützt werden. Des Weiteren brauchen wir eine Demokratisierung der Sicherheitsbehörden sowie eine wissenschaftliche Untersuchung zu rechtsradikalen Einstellungen und rassistischen Praktiken bei Polizei und Bundeswehr. Der Verfassungsschutz muss durch eine unabhängige Beobachtungsstelle ersetzt werden.